



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 05. Februar 2013

P121880

07.402 Parlamentarische Initiative. Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Schaffung eines Verfassungsartikels, der eine Grundlage schafft für das Tätigwerden des Bundes bei der Förderung und beim Schutz von Kindern und Jugendlichen. Grundsätzlich begrüsst der Regierungsrat auch, dass mit dem neuen Verfassungsartikel der Bund wenn nötig in den Kantonen Mindeststandards in den Bereichen der Förderung von Kindern und Jugendlichen, dem Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie dem Mitwirken von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft schaffen kann. Allerdings sollten damit nicht neue Aktivitäten entstehen, die eigentlich im Kompetenzbereich der Kantone liegen.

